ONLINE DOKUMENTATION

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
November 2007

www.kas.de

Klimaschutz weltweit

15 Jahre nach Rio und 5 Wochen vor Bali

DOKUMENTATION ZUR PODIUMSDISKUSSION AM 30. OKTOBER 2007
UND ZUR FACHTAGUNG AM 31. OKTOBER 2007
IN DER AKADEMIE DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG IN BERLIN

Wetterkatastrophen in der ganzen Welt, die IPCC-Berichte und der Stern-Report sowie der Dokumentarfilm des früheren US-Vizepräsidenten Al Gore haben den globalen Klimawandel in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt. Er wird mittlerweile als die größte Herausforderung der Menschheit angesehen. Die Politik hat auf verschiedenen Ebenen reagiert mit Konferenzen und Beschlüssen zum Klimaschutz. Die Vergabe des Friedensnobelpreises an den Weltklimarat der Vereinten Nationen und an Al Gore haben die Bedeutung des Klimaschutzes unterstrichen.

15 Jahre nach dem Erdgipfel von Rio de Janeiro stellt sich die Frage, ob die bisherigen Bemühungen zum Schutz des Klimas die Erderwärmung aufhalten können. Angesichts der dynamischen, wirtschaftlichen Entwicklung in den großen Schwellen- und Entwicklungsländern ist außerdem die Frage zu beantworten, wie diese mit Umwelt-, Klima- und Artenschutz in Einklang gebracht werden kann.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung lädt ein, um eine Bilanz der geleisteten weltweiten Anstrengungen zum Schutz des Erdklimas zu ziehen und einen Ausblick auf die Schwerpunkten einer zukunftsfähigen Entwicklung zu geben. Ziel dieser Fachkonferenz ist es, im Vorfeld der Weltklimakonferenz von Bali einen Beitrag zur aktuellen Diskussion über Klimaschutz und Energiesicherheit zu leisten. Wie reagieren Wirtschaft, Gesellschaft und Politik auf diese Herausforderung?

Als Gäste konnten gewonnen werden: Professor Dr. **Klaus Töpfer**, Bundesumweltminister a.D. und von 1998-2006 Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP**), Hans-Jürgen Cramer**, Sprecher des Vorstands der Vattenfall Europe AG, Professor Dr. **Stefan Rahmstorf**, Ozeanologe am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und Mitautor des IPCC-Berichts, Dr. **Walther Otremba**, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, **Marie-Luise Dött MdB**, umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion u.v.m.

Konrad Adenauer Stiftung

INHALT

VERANSTALTUNGSPROGRAMM S. 3

KLIMASCHUTZ WELTWEIT:
UMWELT UND ENTWICKLUNG
ALS REFERENZRAHMEN FÜR EINEN
GLOBALEN KLIMASCHUTZ
VON JOSEPHINE LANDERTINGER S. 7

DER BLICK VON WISSENSCHAFT
UND WIRTSCHAFT AUF
DEN KLIMAWANDEL
VON JUDITH WANNER S. 10

WIE SCHAFFEN WIR EINE
EFFIZIENZ-REVOLUTION?
VON JOSEPHINE LANDERTINGER S. 12

KLIMASCHUTZ ALS
NEUE SOZIALE BEWEGUNG?
VON JUDITH WANNER S. 14

VERANSTALTUNGPROGRAMM

Dienstag, 30. Oktober 2007 – PODIUMSDISKUSSION

18:00 Uhr Begrüßung

Wilhelm Staudacher

Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

18:10 Uhr Vortrag: Fünfzehn Jahre nach Rio und fünf Wochen vor Bali:

Umwelt und Entwicklung als Referenzrahmen für einen globalen Klimaschutz

Prof. Dr. Klaus Töpfer

Exekutiv-Direktor des UN-Umweltprogramms (UNEP) von 1998-2006, Bundesminister a.D.

18:30 Uhr Podiumsdiskussion

Dr. Karsten Sach

Leiter, Internationale Zusammenarbeit,
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

Klaus Milke

Vorsitzender von Germanwatch e.V., Hamburg

Dr. Willie Smits

Borneo Orang-Utan Survival Foundation (Indonesien)

Prof. Dr. Klaus Töpfer

Moderation:

Sabine Porn

Inforadio RBB

20:00 Uhr Empfang

Mittwoch, 31. Oktober 2007 – FACHTAGUNG

09:30 Uhr Begrüßung

Dr. Michael Borchard

Leiter, Politik und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

09:40 Uhr Die Zukunft gewinnen durch aktiven Klimaschutz:
technologische Innovationen und wirtschaftliche Chancen

Dr. Walther Otremba

Staatssekretär, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

10:10 Uhr Die Verantwortung der Wirtschaft für den Klimaschutz:
auf nationaler, europäischer und globaler Ebene

Hans-Jürgen Cramer

Sprecher des Vorstands der Vattenfall Europe AG

10:40 Uhr Klimawandel: Hysterie oder reale Herausforderung?

Prof. Dr. Stefan Rahmstorf

Klimaforscher, Potsdam Institut für Klimafolgenforschung

11:10 Uhr Gespräch mit

Hans-Jürgen Cramer und Stefan Rahmstorf

Moderation:

Petra Pinzler

Redakteurin Berliner Büro, Die Zeit

12:00 Uhr Mittagspause

13:30 Uhr **Thema Energieeffizienz:**

Wie schaffen wir eine „Effizienz-Revolution“?

Podiumsdiskussion:

Prof. Dr.-Ing. Klaus Riedle

Vorsitzender der VDI-Gesellschaft Energietechnik, Verband Deutscher Ingenieure (VDI)

Stefan Kohler

Vorsitzender der Geschäftsführung,
Deutsche Energieagentur (dena), Berlin

Dr. Johannes F. Lambertz

Stv. Vorsitzender der RWE-Power AG, Essen

Hans Peter Thul, MdB

Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Moderation:

Andreas Mihm

Redakteur, FAZ

15:00 Uhr Kaffeepause

15:30 Uhr **Klima-Allianz: Klimaschutz als neue soziale Bewegung?**

Podiumsdiskussion:

Dr. Gerd Rosenkranz

Leiter Politik, Deutsche Umwelthilfe, Berlin

Prof. Dr. Andreas Lienkamp

Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin,
Mitglied der AG für ökologische Fragen der Deutschen Bischofskonferenz

Prof. Dr. Peter Schmuck

Umweltpsychologe, Georg-August-Universität Göttingen,
Berater des Bioenergiedorfes Jühnde (Kreis Göttingen),

Marie-Luise Dött, MdB

Umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion

Moderation:

R. Andreas Kraemer

Direktor von Ecologic, Berlin

17:00 Uhr Ende der Veranstaltung

KONFERENZ-BERICHT 1

KLIMASCHUTZ WELTWEIT:
UMWELT UND ENTWICKLUNG ALS REFERENZRAHMEN FÜR EINEN GLOBALEN KLIMASCHUTZ

VON JOSEPHINE LANDERTINGER

Seit dem Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 weiß die Welt spätestens, dass Umweltprobleme und soziale Fragen nicht isoliert voneinander betrachtet werden können. Das Thema der nachhaltigen Entwicklung wurde damals wie nie zuvor von der Weltöffentlichkeit wahrgenommen. 130 Staatsoberhäupter nahmen an der „Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung“ teil. Über 8000 Journalisten berichteten über das große diplomatische Ereignis. Das wichtigste Ergebnis des Erdgipfels war die Verabschiedung der sogenannten Agenda 21, in der unter anderem die Konvention zur Bewahrung der biologischen Vielfalt, die Deklaration zum Schutze der Wälder, die Bekämpfung der Wüstenbildung sowie die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) festgehalten wurden. Als Hauptverursacher der globalen Klimaprobleme verpflichteten sich in Rio die Industrienationen, eine besondere Verantwortung für die Umsetzung der Agenda zu übernehmen. Das war vor 15 Jahren!

Die Übernahme der Verantwortung, zu der sich die Industrieländer in Rio verpflichtet haben, scheint nur zäh voranzukommen. Dennoch ist Klimaschutz mehr denn je auf der Politikagenda, vor allem nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Weltklimarat der Vereinten Nationen und den früheren US-Vizepräsidenten Al Gore. „Diese Auszeichnung zeigt ein gewandeltes Verständnis von Frieden. Denn Klimawandel wird zu neuen Kriegen führen, zum Beispiel um Wasser. Friedenssicherung *ist* Klimaschutz für die gesamte Weltbevölkerung“, hob der Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Wilhelm Staudacher, in seiner Begrüßung zur Podiumsdiskussion über Klimaschutz hervor.

Der ehemalige Bundesumweltminister Professor Klaus Töpfer, jetzt Lehrstuhlinhaber für Umwelt und Nachhaltige Entwicklung an der Universität in Shanghai, vertrat in seinem Vortrag dieselbe Meinung. Er wies auf Wangari Maathai, die Trägerin des Friedensnobelpreises von 2004, hin: „Eine Frau, die mit anderen Frauen zusammen 30.000 Bäume pflanzt macht in ihrem Land Friedenspolitik“. Der ehemalige Exekutiv-Direktor des UN-Umweltprogramms (UNEP) betonte den Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung. Vor allem in vielen Ländern Afrikas brauche man mehr Entwicklungszusammenarbeit. Doch das könne nur funktionieren, wenn es Infrastruktur gibt. „Wir brauchen dort Energie, wir brauchen dort Umwelt *für* Entwicklung. Das ist auch in unserem eigenen Sinne; aus Wirtschafts- und Friedensgründen“, akzentuierte Töpfer. Seit Jahrzehnten arbeite man daran, Umwelt und Entwicklung näher zusammenzubringen. Doch viele Staaten würden sich gerne auf den „Drei D’s“ ausruhen, „*d*eny, *d*elay, *d*o nothing“.

Dr. Willi Smits, von der „Borneo Orang-Utan Survival Fondation“ in Indonesien, schilderte die tragische Lage seines Landes. Mehr als die Hälfte der Palmproduktion finde auf dem Boden von Torfwäldern statt. Die Holzmafia beschaffe sich illegale Genehmigungen, um auf Torfwaldböden Ölpalmen zu züchten. Diese Ölpalmen würden auch von nach Deutschland importierten Biosprit genutzt. Der Torfwald, der auch Lebensraum der bedrohten Orang-Utans ist, wird erst abgeholzt. Dann wird der Boden verbrannt, um ihn für die Palmproduktion vorzubereiten. Doch Torf ist ein organischer Stoff mit einem riesigen Kohlenstoffanteil. Deswegen hat Indonesien eine der höchsten Emissionswerte der Welt. Jedes Jahr verliere das Land 3,5 Milliarden Hektar Wald, erklärte Smits. „Holz wird für Geld gerodet. Armut und Korruption tragen dazu bei, denn die Menschen sehen keine andere Chance an Geld ranzukommen. Doch sie vernichten ihren eigenen Lebensraum“, erläuterte Smits.

Die Situation in Indonesien sei dramatisch, beteuerte auch Dr. Karsten Sach vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU). „Es ist wichtig, dass wir als Industrieländer den Ressourcen der Entwicklungsländer einen angemessenen Marktwert geben“, bekräftigte der Leiter des Internationalen Zusammenarbeit des BMU und Leiter der deutschen Delegation bei der im Dezember stattfindenden Weltklimakonferenz in Bali. Töpfer unterstrich ebenfalls die Verantwortung der Industrienationen: „Wir müssen bei uns anfangen. Warum lassen wir solche Importe aus Indonesien zu? Wir dürfen den Indonesiern nicht sagen, hört ihr erst auf den Wald zu verbrennen und dann schauen wir mal“. Vertrauensbildende Maßnahmen für Entwicklungsländer zu schaffen, sei nur durch die Stärkung der eigenen Glaubwürdigkeit der Industrieländer zu erreichen – in diesem Punkt waren sich alle Panelisten einig. Man könne nicht die Entwicklungsländer dazu zwingen erneuerbare Energien einzusetzen, wenn die Industrieländer es selber nicht machen. Töpfer führte vor Augen, dass das Thema Klimawandel bereits bei den Staatschefs angekommen sei. Dies sei von Bedeutung, um die eigene Glaubwürdigkeit zu stärken. „Wenn die Bundeskanzlerin sagt ‚Ich habe das in Europa durchgesetzt’, ist der Vollzugszwang anderer Staaten viel größer; es ist eine andere Verpflichtungsebene“, so Töpfer. Im Sinne der Glaubwürdigkeit sei es aber auch äußerst wichtig die USA dazu zu bringen, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren, meinte Klaus Milke, Vorsitzender von Germanwatch.

Zur Ausgestaltung der Klimarahmenkonvention (UNFCCC), wurde 1997 das Kyoto-Protokoll beschlossen. Das Kyoto-Protokoll war bahnbrechend, da in diesem Dokument erstmals verbindliche Zielwerte für den Ausstoß von Treibhausgasen festgelegt wurden. Einer der wesentlichen Punkte des Kyoto-Protokolls ist der Handel mit Emissionsrechten. Unternehmen sollen dafür bezahlen, CO_2 auszustoßen. Dabei vergibt der Staat jedes Jahr den Unternehmen eine festgelegte Menge an sogenannten Emissionszertifikaten. Überschreitet ein Unternehmen sein Emissionsbudget, ist es gezwungen neue Zertifikate hinzuzukaufen. In der ersten Phase des EU-Emissionshandels (2005-2007) erzielten die Zertifikate jedoch nur sehr geringe Preise. Deshalb sollen für die zweite Phase (2008-2012) neue Rahmenbedingungen gelten.

2012 läuft die Vereinbarung aus. In Bali werde es daher darum gehen, „klare Zielvorgaben zu setzen und deutlich zu machen, dass Klimaschutz die Grundlage von Entwicklung ist, nicht nur für Entwicklungsländer, sondern auch für uns“, erklärte Sach. Es sei sehr wichtig nicht nur den Emissionen einen Marktpreis zu geben, sondern ebenfalls die natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer mit einen angemessenen Geldwert zu honorieren. Gleichzeitig müssten die Industrieländer deutlich machen, dass Klimawandel ein globaler Prozess ist, bei dem die Länder wie China, Brasilien und Indien genauso betroffen sind, sagte Töpfer. Bei der rasanten Entwicklung der Weltwirtschaft könne die Energienachfrage nicht in diesem Maße weiterhin von fossilen Energieträgern kommen. Milke brachte erneut die Armutsbekämpfung in die Diskussion. Wenn der Klimawandel sich verschärfe, könne die Armutsbekämpfung nur schwer gelingen. „Entwicklung und Umwelt müssen zusammen gedacht werden“, so der Vorsitzende von Germanwatch.

Töpfer forderte dazu auf, die erneuerbaren Energien weiter voranzubringen und auch die jetzt schon vorhandenen Möglichkeiten noch mehr auszunutzen. Smits bestätigte: „Es gibt auch praktische Lösungen, einfache Technologien, die jetzt schon eingesetzt werden können“. Milke fügte hinzu, dass das Verhalten der Konsumenten in der Debatte vernachlässigt wurde. „Wir müssen uns fragen, was kann jeder Einzelne tun? Beispielsweise Bahnfahren statt Fliegen“. Sach stellte klar, dass die Politik sich nicht so sehr mit den kleinen Problemen beschäftigen, sondern tatsächlich die wichtigen und großen Fragen stellen solle. „Wenn wir den Blick vor den großen Problemen verschließen, werden diese uns einholen, ohne dass wir was machen können“, so Sach. Er unterstrich, die EU müsse in Bali eine klare Vorreiterrolle spielen.

Die Verantwortung der Industrieländer im Klimaschutz ist deutlich zu erkennen. Dabei werden zwei Erwartungen deutlich. Einerseits sollen die Industrieländer den Entwicklungsländern das technologische Know-How für die Einsetzung von erneuerbaren Energien zu Verfügung stellen. Andererseits sollen aber die Industrieländer in vollem Maße das Paradigma erneuerbare Energien selber umsetzen und so als Vorbilder dienen und ihre eigene Glaubwürdigkeit gegenüber den Entwicklungsländern stärken. Doch auch innerhalb der Industrieländer muss es Vorreiter geben. Töpfer bringt es auf den Punkt: „Wenn man auf globale Lösungen wartet, wird man lange warten müssen. Wir sind nicht davon entlastet, selber den Klimaschutz in die Hand zu nehmen, nur weil nicht alle mitmachen“.

KONFERENZ-BERICHT 2

DER BLICK VON WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT AUF DEN KLIMAWANDEL

VON JUDITH WANNER

„Deutschland im Klimaschock“ Diese Überschrift in der BILD-Zeitung bringt die Stimmung der Bevölkerung auf den Punkt. Tatsächlich hat die Forschung erschreckende Fakten zu bieten: „Seit Beginn der Industrialisierung ist die CO2-Belastung um ein Drittel gestiegen. Nun liegen wir bei acht Giga-Tonnen Kohlenstoffemissionen pro Jahr“, erläuterte Professor Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und Mitautor des vom UN-Weltklimarat herausgegebenen Berichts. Der CO2-Ausstoß trägt zur Erderwärmung bei. Durch die steigenden Temperaturen wird der Wasserkreislauf verstärkt. Wärmere Luft enthält mehr Wasserdampf. Deshalb fallen große Teile des Niederschlages seltener, aber dafür in extremeren Mengen. Der Meeresspiegel steigt an, weil sich erwärmtes Wasser stärker ausdehnt. Die Rekordschmelze in diesem Sommer sorgte dafür, dass die Eisdecke auf der Arktis jetzt nur noch halb so groß ist, wie sie noch 1980 war.

Auf eine weitere Folge der steigenden Erderwärmung weist der Ozeanograph Rahmstorf hin: Die Hälfte des Treibhausgases, welche nicht in die Atmosphäre geht, wird von den Ozeanen aufgenommen und führt zu einer Versauerung der Meere. Bei gleichbleibender Entwicklung des CO2-Ausstoßes seien spätestens in der Mitte dieses Jahrhunderts Meeresorganismen lebensgefährlich bedroht, weil sie aufgrund des Treibhausgases keine Kalkschalen mehr bilden können.

Wie sieht unsere Welt dann in 100 Jahren aus? Die Antwort des Klimaforschers: Es liegt daran, wie mit den Emissionen umgegangen wird. „Bis 2050 brauchen wir eine Halbierung der Emissionen, damit die Durchschnittstemperatur nicht mehr als 2 Grad steigt. Selbst im besten Fall wird es jedoch mehr als die natürlichen Schwankungen geben“, sagte Stefan Rahmstorf. Dabei sei die durchschnittliche Erwärmung trügerisch, weil sich Ozeane weniger schnell als Kontinente erwärmen. Selbst wenn die Durchschnittstemperatur insgesamt nur um 2 Grad ansteigt, kann dies in einzelnen Regionen eine Zunahme von 6 bis 8 Grad bedeuten.

Der heiße Sommer 2003, in denen in allen Altersklassen zahlreiche Hitzetote zu beklagen waren, werde nach einem Prognose-Modell aufgrund der Erderwärmung in wenigen Jahrzehnten als kühler Sommer gelten. Diese Aussichten sind erschreckend, aber mehr als real: „Uns Klimaforschern wird in den Medien gesagt, wir übertreiben, leider ist das Gegenteil der Fall. Wir waren bei unseren Prognosen zu optimistisch. Die Realität holt uns ein“, so der Klimaexperte. „Seit den Beschlüssen des Rio-Gipfels von 1992 haben wir mit nur marginalen Fortschritten unsere Zeit verschenkt.“

Die Ergebnisse der Forschung fordern die Wirtschaft auf, ihren Anteil zum Klimaschutz beizutragen. Hans-Jürgen Cramer, der Sprecher des Vorstands der Vattenfall Europe AG, hinterfragte sich und seine Kollegen aus der Wirtschaft: „Wir sind Teil des Problems, wollen wir auch ein Teil der Lösung sein?“ Das Ziel des drittgrößten Energiekonzerns in Deutschland: Bis 2030 sollen 50 Prozent der jetzigen Emissionen eingespart werden. Allerdings seien erneuerbare Energien heute noch nicht in der Lage, den für unseren Wohlstand und unsere Lebensweise notwendigen Energiebedarf zu decken. Um herauszubekommen, welche alternative Energie Kohle und Kernkraftwerke ersetzen kann, benötigen Industrie und Forschung einen langen Atem: „Wir werden etliche Technologiepferde ins Rennen schicken müssen, um zu wissen, worauf man setzen kann.“, sagte der Vattenfall-Sprecher Hans-Jürgen Cramer.

Um die Energieversorgung sicher zu stellen sei zum jetzigen Zeitpunkt die Kohleverbrennung noch nötig. Für den Übergang in das Zeitalter der erneuerbaren Energien brauche man auch noch Atomenergie. Nur so könne man die Klimaschutzziele erfüllen, und in der dazu gewonnenen Zeit die regenerativen Energien weiter entwickeln.

Für Klimaforscher Stefan Rahmstorf ist dagegen sowohl eine Welt mit als auch ohne Kernenergie denkbar. Man dürfe nur nicht zu klein und provinziell denken. Da die Standorte für erneuerbare Energien ungleich verteilt sind, wünscht er sich ebenso wie Hans-Jürgen Cramer ein „europäisches Supernetz“. Damit könnten die Orte auf dem Kontinent, die für erneuerbare Energie geeignet sind, ihre gewonnene Energie in das Euro-Netz einspeisen.

Beide, Klimaforscher und Vattenfall-Sprecher, wollen, dass Verschmutzung auch weiterhin etwas kostet: „Dies bietet einen Anreiz für jeden. Wenn man CO2-Emissionen einspart, spart man damit bares Geld“, erklärte Stefan Rahmsdorf. Hans-Jürgen Cramer forderte von der Politik, dass sie auch eine klimafreundliche Politik betreibe. Mit dem Emissionshandel sei ein erster Schritt getan. Zusätzlich wünscht er sich einen „nationalen Energiepakt“, der verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen schafft. Nur so sei es einem Energiekonzern möglich, milliardenschwere Entscheidungen zu treffen, die Auswirkungen auf die nächsten 40 Jahre haben.

KONFERENZ-BERICHT 3

WIE SCHAFFEN WIR EINE EFFIZIENZ-REVOLUTION?

VON JOSEPHINE LANDERTINGER

Die Effizienz des Energieeinsatzes zu erhöhen, sowohl bei der Bereitstellung von Energiedienstleistungen wie Strom, Wärme und Mobilität als auch bei deren Nutzung stellt eine große technische und gesellschaftliche Herausforderung dar. Dabei kann viel Energie – in Form von eingesetzten Roh- und Brennstoffen – eingespart werden. Das hat nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern ist auch ein unverzichtbares Instrument zum Klimaschutz. In der Podiumsdiskussion zum Thema Energieeffizienz tauschten sich die Diskutanten nicht nur über technische Energiesparmaßnahmen aus, sondern forderten immer wieder einen bewussten Umgang mit Energie durch ein geändertes Verhalten der einzelnen Konsumenten.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Peter Thul kritisierte, dass in den vorangegangenen Diskussionen der KAS-Konferenz diese Verhaltensänderung seitens der Verbraucher viel zu kurz gekommen sei. Die Medien sollten die Bürger besser informieren über Möglichkeiten, wie man sparsamer mit Energie umgehen kann. Stefan Kohler, Vorsitzender der Deutschen Energieagentur (dena), nahm diese Forderung auf und meinte, die Politiker sollten nicht immer so zu tun, „als ob wir irgendwann mal niedrigere Strompreise kriegen, sondern den Menschen zu erklären, wie sie durch individuelle Energiesparmaßnahmen Geld einsparen können“. Die Anfangsinvestitionen für erneuerbare Energien seien sehr hoch, so Kohler. Das sei für viele Leute ein Hemmnis. Bereits mit einem neuen Kühlschrank oder mit der Sanierung des eigenen Hauses könnten erhebliche Energiekosten eingespart werden.

Der Vorsitzende der Fachgruppe Elektrotechnik des Verbands Deutscher Ingenieure (VDI), Professor Klaus Riedle, wies in diesem Zusammenhang auf die Wärmedämmung hin. Eine gute Isolierung von Wänden, Dächern und Fenstern könnten Wärmeverluste erheblich verringern. Thul betonte: „Wir haben noch eine Vielzahl von uralten Heizungsanlagen, von ungedämmten Dächern, von einfachen Fenstergläsern“. Die Eigentümer der Häuser sollen aber durch eine Änderung des Mietrechts einen Anreiz bekommen, diese alten Häuser zu renovieren. Der Entwurf eines regenerativen Wärmegesetzes sei ein „bürokratisches Monster“ und somit kontraproduktiv, warnte Kohler. Denn nur im Sanierungsfall müsse der Eigentümer die Außenflächen des Gebäudes dämmen: „Es kann sein, dass der Eigentümer sein Haus überhaupt nicht saniert, um die Kosten zu umgehen“. Riedle ergänzte, die Verzögerung beim Einsatz der neuen Technologien würde auch im eigenen Haushalt stattfinden. „Wenn ich einen neuen Kühlschrank brauche, dann kaufe ich mir möglicherweise ein effizientes Modell. Doch wenn ich noch einen funktionstüchtigen habe, dann kaufe ich vermutlich kein neues Modell.“

In der Industrie sei das Problem der Zeitdurchdringung der neuen Technologien ebenfalls zu bemerken. Dies hänge auch mit kaufmännischen Entscheidungen zusammen. „Das Thema Energieeffizienz ist in vielen Industrieunternehmen noch nicht so angekommen, wie das eigentlich nötig wäre“, sagte Kohler. Ein gutes Instrument sei daher die Ausbildung zum Energiemanager in Betrieben. Diese Ausbildung vereine technische und kaufmännische Fähigkeiten, die oftmals in den Betrieben getrennt betrachtet werden und daher zu eher ineffizienten Maßnahmen führen. Dass in der Industrie immer noch nicht die effizienteren Antriebe gekauft werden, habe aber auch mit der Budgetzuweisung bei Unternehmen zu tun. Thul schlug daher vor, durch steuerliche Anreize die Zeitdurchdringung der neuen Technologien zu verringern. Riedle erläuterte, dass die Industrie am meisten Energie für Motoren und Pumpen benötige. Dabei würden Unmengen an Prozesswärme entstehen, die verloren gehen. Es sollte zum Beispiel mehr in technische Verfahren zur Nutzung der Abwärme investiert werden.

Dr. Johannes Lambertz, stellvertretender Vorsitzender der RWE-Power AG, machte darauf aufmerksam, dass 80 Prozent der Energiebereitstellung immer noch auf Basis fossiler Energieträger geschehe. Viele Entwicklungsländer, die einen höheren Wohlstand anstreben, erhöhen den Bedarf an Energie. „Kohle wird also weiterhin gefragt sein, also müssen wir für Kohle gute Lösungen anbieten können“, sagte Lambertz. Wenn jetzt verhindert würde, neue Kohlekraftwerke zu bauen, würde man dafür sorgen, bereits existierende Kraftwerke mit hohem CO_2-Ausstoß und geringer Effizienz weiter zu betreiben, erläuterte der Vorsitzende der RWE-AG. „Was wir jetzt bauen, führen wir so aus, dass es nachrüstbar ist. Wir arbeiten damit, was heute ‚state of the art' ist, um auf die alten Kraftwerke mit hohem Ausstoß zu verzichten“, fügte er hinzu.

Professor Riedle bestätigte, dass in den letzten 15 Jahren die fossilen Kraftwerke 15 Prozent effizienter geworden sind. „Wenn man heute Kraftwerke ersetzt, kann man eindeutig Energie einsparen“. Der Abgeordnete Thul forderte die Energieversorger auf, mehr in ihre Übertragungsnetze zu investieren und sie mit Hilfe der IT-Technologie zu modernisieren, um Übertragungsverluste zu minimieren und die Leistungsfähigkeit zu optimieren. Lambertz hob hervor, dass Deutschlands Energieeffizienz 11 Prozent über den Durchschnitt der OECD-Länder und 23 Prozent über den Weltdurchschnitt liege. Dennoch waren sich alle Panelisten einig, dass weiter in Forschung und Entwicklung investiert werden müsse, um das Effizienzpotential von Energieerzeugung und Energieverwendung im Interesse eines wirksamen Klimaschutzes weiter auszuschöpfen.

KONFERENZ-BERICHT 4

KLIMASCHUTZ ALS NEUE SOZIALE BEWEGUNG?

VON JUDITH WANNER

Viele Bürger wollen schon jetzt einen eigenen Beitrag zum Klimaschutz leisten und nicht auf Lösungen aus Wirtschaft und Politik warten. Zur Unterstützung der zahlreichen Initiativen gründete sich am 12. Oktober 2006 die „Klima-Allianz", ein Bündnis aus derzeit 80 Gruppen, die für das Engagement von ungefähr 10 Millionen Bundesbürgern stehen.

Bioenergiedorf als Bürgerprojekt

„Der Politik Beine machen", das beabsichtigte auch Professor Peter Schmuck. Der Göttinger Umweltpsychologe sieht für sich die Verantwortung, nicht nur wissenschaftliche Diskussionen zu führen, sondern auch Projekte anzustoßen. Deshalb stellte er zusammen mit Kollegen das niedersächsische Dorf Jühnde komplett auf erneuerbare Energien um. Das „Bioenergiedorf", das am Anfang als wissenschaftliches Projekt startete, beigeisterte sehr schnell die Dorfbewohner. Bald sei ihnen klar geworden, dass diese Energieumstellung die örtliche Ökonomie in Schwung bringe, erklärt Schmuck. „Das Geld für Öl aus Saudi-Arabien kann auch hier in der Wirtschaft bleiben". Selbstverständlich löse dieses Dorf-Modell nicht die Probleme einer Großstadt, aber auch lokale Projekte, die im Volk ankommen „sollten von einer Regierung, die sich als Vorläufer des Klimaschutzes präsentiert, bedacht werden".

„Die Schöpfung ist nur eine Leihgabe"

Auch Professor Andreas Lienkamp, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für ökologische Fragen in der Deutschen Bischofskonferenz, ist Unterstützer der Klima-Allianz. Er betonte, dass in der Klimawandeldebatte der Aspekt der Gerechtigkeit nicht vergessen werden dürfe. Dabei sei es wichtig, die globalen und ökologischen Auswirkungen und die zukünftige Generation im Blick zu haben. Denn: „Die Schöpfung ist nur eine Leihgabe". Deshalb sei die Kirche zusammen mit „allen Menschen guten Willens" zum Handeln aufgefordert.

Allianz der Gutmenschen?

Die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marie-Luise Dött MdB, kritisierte hingegen diese Klima-Kampagne: Es scheine einen „Klima-Hype" in der Bevölkerung zu geben, es sei schick, sich über den Klimawandel zu unterhalten. Als Abgeordnete wünsche sie sich für die Politik allerdings mehr Unterstützung als Gegenwind. Die Bürger sollten die Politik aktiv mitgestalten und nicht nach außerparlamentarischen Lösungen suchen. Die Klima-Allianz könne die Veränderungsprozesse nicht beschleunigen: „Beim Fußball kann ich auch nicht als Zuschauer die Tore schießen". Außerdem störe sie sich an dem Ausdruck „Menschen guten Willens". Was sei mit den anderen Menschen, die sich nicht in der Klima-Allianz organisieren: „Haben die keinen Heiligenschein?"

„Wir sind keine linken Spinner", entgegnete Professor Lienkamp. Das Thema sei gesamtgesellschaftlich relevant geworden. Die Klima-Allianz wolle denjenigen Kräften den Rücken stärken, die sich für einen stärkeren Klimaschutz einsetzen. Von den Politikern wünscht er sich, dass sie den Bürgern ein Umfeld schaffen, in dem klimafreundliches Verhalten unterstützt wird: „Wenn man den Klimaschutz unterstützt, dann sollte man sich nicht andauernd gegen den eigenen Schweinehund und das eigene Portemonnaie verhalten müssen".

Soziale Bewegung ja, Latzhosen nein

Die Klima-Allianz ist eine neue soziale Bewegung und muss als solche wahrgenommen werden. Darin sind sich alle Diskutanten einig. Und doch agiert diese Bewegung völlig anders, so Gerd Rosenkranz, Leiter Politik der Deutschen Umwelthilfe: „Nicht in Form von Latzhosen", sondern in Form von Klimapropheten wie Al Gore oder Hans Joachim Schellnhuber. Das besondere Merkmal der Klima-Allianz sei, dass es im Gegensatz zu früheren Bewegungen kaum

Massen-Demonstrationen gebe. Stattdessen aber viele Internet-Initiativen und spezielle Aktionen gegen den Bau von Kohlekraftwerken. Professor Schmuck sagte, es gebe eine riesige Aufbruchstimmung in Deutschland. Und genau dies sei das Wesen einer neuen sozialen Bewegung: Sie setze viel Energie frei.

Frau Dött betonte hingegen, dass es ihr nicht um ein generelles „ob“ dieser sozialen Bewegung gehe, sondern um das „wie“. Sie wünsche sich, dass alle, die aktiv im Klimaschutz sind, sich zusammentun. Im Blick auf die Klima-Allianz sagte die Umweltpolitikerin: „Es kann nicht sein, dass auf der einen Seite die vereinigten Gutmenschen sitzen und die anderen den schwarzen Peter haben“.